

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 26.09.2022 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 16:50 Uhr (einschließlich nichtöffentlicher Teil)
Ort: Sport- und Festhalle Neustadt/Orla, Friedhofstr. 1, 07806
Neustadt an der Orla

Anwesenheit:

Anwesend:

Landrat
Füßmann, Thomas

Fraktion der CDU
Bias, Marko
Chudasch, Jonas
Franke, Thomas
Hanna, Allam, Dr. med.
Herrgott, Christian
Neumüller, Alex
Orosz, Peter
Weiße, Ralf
Zapf, Marcel

Fraktion der AfD
Bentz, Manfred
Bergner, Heiko
Bohnhardt, Marc
Brandenstein, Wolfram von
Fischer, Jörg
Linke, Johannes
Rham, Matthias
Thrum, Uwe
Winkler, Stephan

Fraktion der UBV
Fiedler, Marcus
Grau, André
Kleindienst, Wolfgang
Meyer, Christian
Militzer, Bernd

Fraktion Die LINKE
Kalich, Ralf
Lukas, Almut
Rebelein, Dieter, Dr.

Fraktion der SPD

Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico, Dr.
Roßner, Marc (ab 14:20 Uhr)

Fraktion der FDP

Ortwig, Volker
Scherf-Michel, Sandra
Seidel, Marco

Bündnis 90/Die Grünen

Geiler, Janina
Richter, Steve

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Hebenstreit, Alexander
Heynisch, Jens, Dr.
Jahn, André
Käßner, Mandy
Lautenschläger, Yvonne
Rauner, Marcel
Schröder, Amrei, Dr.
Umbach, Stephan
Unger, Philipp
Weiß, Sandra
Wollschläger, Brit

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Gersdorf, Katrin (krank)
Modde, Michael (dienstl. Gründe)
Sachse, Carsten (dienstl. Gründe)
Smailes, Sandra (dienstl. Gründe)
Völlm, Arnfried, Dr. (dienstl. Gründe)
Weidermann, Thomas, Dr. med. (dienstl. Gründe)

Fraktion der UBV

Querengässer, Gerd (krank)
Weigelt, Thomas (krank)

Fraktion Die LINKE

Möller, Klaus (dienstl. Gründe)
Weithase, Helga (krank)
Wetzel, Roland (krank)

Fraktion der SPD

Feike, Anette (Urlaub)

Schriftführerin: Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes gemäß § 103 ThürKO
2. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 20.06.2022 (öffentlicher Teil)
3. Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/093/2022
4. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes Saale-Orla-Kreis
Vorlage: KT/091/2022
5. Berufung von Vertretern des Jugendparlaments des Saale-Orla-Kreises als Delegierte in die Ausschüsse des Kreistages
Vorlage: KT/094/2022
6. Anträge
- 6.1. Antrag der UBV-Fraktion auf Neuregelung der Besetzung von Ausschuss-Sitzen
Vorlage: AN/085/2022
- 6.2. Antrag der UBV-Fraktion auf Bestellung eines Verbandsrates und eines stellvertretenden Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Saale-Orla
Vorlage: AN/086/2022
- 6.3. Antrag der UBV-Fraktion auf Bestellung eines stellvertretenden Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Rettungsdienstzweckverbandes Ostthüringen
Vorlage: AN/087/2022
- 6.4. Antrag der UBV-Fraktion bzgl. Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/088/2022
- 6.5. Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Sicherstellung des Versorgungsauftrages im Gesundheits- und Sozialwesen des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: AN/089/2022
- 6.6. Antrag der Fraktion Die LINKE zur Richtlinie für Unterkunft und Heizung nach SGB II und SGB XII im Saale-Orla-Kreis sowie zum Wohngeld
Vorlage: AN/090/2022
- 6.7. Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Energieversorgung der Bürger sichern - Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sofort einstellen
Vorlage: AN/091/2022
- 6.8. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen bzgl. der Erstellung eines Klimafußabdruckes für den SOK
Vorlage: AN/092/2022
7. Informationen/Sonstiges
8. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 19. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Der Landrat gratuliert Herrn Alex Neumüller zur Wahl als Bürgermeister der Gemeinde Rosenthal am Rennsteig.

Es folgt die Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes gemäß § 103 ThürKO.

Der Landrat verpflichtet Herrn Bernd Militzer (UBV), Mandatsnachfolger für Herrn Frank Weidermann (UBV), auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten als Kreistagsmitglied mit Handschlag.

Vor Sitzungsbeginn wurde an alle Kreistagsmitglieder ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Dr. Hanna (CDU-Fraktion) bzgl. Verordnung des Landratsamtes Saale-Orla-Kreis für die Nutzung der Saalealsperren verteilt.

Herr Dr. Hanna begründet die Dringlichkeit des Antrages. Er führt aus, dass auf seine Nachfrage im Kreisausschuss bzgl. einer Befassung des Kreistages mit der Stauseeordnung mitgeteilt wurde, dass es sich lediglich um redaktionelle Änderungen handeln würde. Tatsächlich handele es sich um grundsätzliche Änderungen, wie z.B. perspektivische Untersagung von Verbrennungsmotoren, die seiner Meinung nach die Behandlung und Beschlussfassung durch den Kreistag rechtfertigen. Da aber nach der Sitzung des Kreisausschusses kein fristgerechter Antrag mehr eingebracht werden konnte, soll dieser als dringlicher Antrag Anerkennung finden.

Der Landrat betont, dass die Auffassung der Verwaltung eine andere ist und er bittet die Juristin, Frau Dr. Schröder, um entsprechende Ausführungen.

Frau Dr. Schröder betont, dass bei diesem Antrag die Dringlichkeit nicht gegeben ist, weil sich bei Nichtbehandlung in der heutigen Sitzung kein Nachteil für den Landkreis ergibt. Zudem ist die Zuständigkeit des Kreistages nicht gegeben, da es sich hier um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handelt und somit das Landratsamt als untere staatliche Verwaltungsbehörde allein zuständig ist. Ein entsprechender Beschluss wäre rechtswidrig, da der Kreistag nur über Aufgaben des eigenen Wirkungskreises beschließen darf.

Der Landrat ergänzt, dass es zu keiner Zeit eine Abstimmung über die Stauseeordnung im Kreistag gegeben hat. Eine Rücksprache mit dem Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt hat ergeben, dass dort ebenso verfahren wird.

Es erfolgt die **Abstimmung über die Dringlichkeit** des Antrages mit folgendem Ergebnis:

**21 Ja-Stimmen,
6 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen**

Der Landrat stellt fest, dass mit 21 Ja-Stimmen bei 32 Anwesenden die 2/3-Mehrheit gegeben ist und der Antrag als TOP 6.9 in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung mehrheitlich festgestellt.

Anmerkung:

Die Verwaltung stellt im Nachgang dieser Feststellung des Landrates richtig, dass zu Beginn der Sitzung 32 Kreistagsmitglieder und der Landrat, also 33 Stimmberechtigte anwesend sind. Damit war mit 21 Ja-Stimmen eine 2/3-Mehrheit zu dem Dringlichkeitsantrag nicht gegeben.

Diese Feststellung wird dem Landrat während der Pause vermittelt. Nach der Pause gibt der Landrat diese Richtigstellung dem Kreistag bekannt und betont, dass somit der Dringlichkeitsantrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen ist.

Zu TOP 1 Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes gemäß § 103 ThürKO

Die Verpflichtung von Herrn Militzer wurde bereits vor Eintritt in die Tagesordnung vollzogen, um Herrn Militzer die Teilnahme an der Abstimmung zu Tagesordnungsfragen zu ermöglichen.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 20.06.2022 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
7 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 20.06.2022 (öffentlicher Teil).“

216-19/2022

Zu TOP 3 Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung des Saale-Orla-Kreises Vorlage: KT/093/2022

Erläuterungen zum Sachverhalt erfolgen durch den Fachdienstleiter Schulverwaltung, Herrn Jahn.

Vor Sitzungsbeginn wurde ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Beschlussvorlage verteilt, der durch Herrn Linke begründet wird. Zusammengefasst geht es in dem Antrag darum, den Selbstkostenanteil für die Schüler der Klassenstufen 11 und 12 abzuschaffen, wie das in anderen Landkreisen bereits vollzogen wurde.

Gegenrede zu dem Änderungsantrag führt der Landrat und hält eine Beteiligung an den Kosten in Höhe von 15 €/Monat für zumutbar.

Nachfragen bzgl. Teilnahme der Schüler am Schülerverkehr und dem Verwaltungsaufwand für die Abrechnung werden durch Herrn Jahn beantwortet.

Zur Diskussion sprechen Herr Herrgott, Herr Dr. Rebelein, Herr Fischer und Frau Kanis. Herr Thrum stellt im Namen seiner Fraktion den **Geschäftsordnungsantrag auf „namentliche Abstimmung“ zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion.**

Es folgt **„namentliche Abstimmung“** zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion mit folgendem Ergebnis:

Mit „Ja“ stimmen folgende Kreistagsmitglieder:

Herr Bentz, Herr Bergner, Herr Bohnhardt, Herr von Brandenstein, Herr Fiedler, Herr Fischer, Herr Grau, Herr Kleindienst, Herr Linke, Herr Meyer, Herr Militzer, Herr Rham, Herr Thrum, Herr Winkler

Mit „Nein“ stimmen folgende Kreistagsmitglieder:

Herr Fügmann, Herr Bias, Herr Chudasch, Herr Franke, Frau Geiler, Herr Dr. Hanna, Herr Herrgott, Herr Kalich, Frau Kanis, Herr Dr. Kleebusch, Frau Lukas, Herr Neumüller, Herr Orosz, Herr Ortwig, Herr Dr. Rebelein, Herr Richter, Herr Roßner, Frau Scherf-Michel, Herr Seidel, Herr Weiße, Herr Zapf

Damit ist der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur BVL KT/093/2022 mit **14 Ja-Stimmen bei 21 Gegenstimmen** abgelehnt.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
10 Gegenstimmen und
4 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten Fassung.“

217-19/2022

**Zu TOP 4 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes Saale-Orla-Kreis
Vorlage: KT/091/2022**

Der Fachbereichsjurist, Herr Umbach, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage. Grund für die Satzungsänderung ist der Beschluss über die Satzung des Jugendparlaments und die darin enthaltenen Regelungen zur Beteiligung der Mitglieder des Jugendparlaments an der Arbeit der Ausschüsse des Kreistages. Insbesondere geht es bei der Anpassung um die Änderung der Anzahl der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf Grund der Aufnahme eines gewählten Delegierten des Jugendparlaments als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Zur Diskussion sprechen Herr Bohnhardt, Herr Dr. Rebelein, Herr Richter, Herr Kleindienst, Herr Dr. Hanna, Herr Fischer, Landrat Fügmann und Frau Kanis.

Die Diskussionsredner der AfD-Fraktion und UBV-Fraktion bringen ihre Ablehnung zu dieser Satzungsänderung zum Ausdruck.

Der Kreistag fasst mit

**18 Ja-Stimmen,
12 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes Saale-Orla-Kreis in der als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten Fassung.“

218-19/2022

**Zu TOP 5 Berufung von Vertretern des Jugendparlaments des Saale-Orla-Kreises
als Delegierte in die Ausschüsse des Kreistages
Vorlage: KT/094/2022**

Der Vorsitzenden des Jugendparlaments, Frau Oelschlegel, wird das Rederecht eingeräumt. Sie führt aus, dass die vorgeschlagenen Vertreter für die Mitarbeit in den Ausschüssen in der Sitzung des Jugendparlaments am 22.08.2022 gewählt wurden und sich auf die Mitwirkung an der politischen Arbeit freuen.

Auf Nachfrage von Herrn Linke, wie diese Wahl abgelaufen ist und wieviele Bewerber es gab, schildert Frau Oelschlegel das Verfahren.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
9 Gegenstimmen und
6 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt gemäß § 18 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Kreistages i.V.m. § 12 Abs. 1 und 3 der Satzung des Jugendparlamentes des Saale-Orla-Kreises, dass nachfolgende durch das Jugendparlament des Saale-Orla-Kreises gewählte Vertreter/-innen als Delegierte in die Ausschüsse des Kreistages berufen werden und dort in beratender Funktion als sachkundige Bürger ohne Stimmrecht zu Themen, die junge Menschen im Saale-Orla-Kreis betreffen, das Wort erhalten:

Bau- und Vergabeausschuss:

Delegierter: Tom Tetzl
Stellvertreterin: Vanessa Köhler

Jugendhilfeausschuss:

Delegierte: Pauline Schmidt
Stellvertreterin: Vanessa Köhler

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Controlling:

Delegierter: Lex Meyer
Stellvertreter: Martin Göhrisch

Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Regionale Entwicklung:

Delegierter: Tom Tetzl
Stellvertreterin: Melanie Meinhold

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Delegierte: Juliane Oelschlegel
Stellvertreterin: Pauline Schmidt

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie:

Delegierte: Anastasia Rahaus
Stellvertreterin: Vanessa Köhler.“

219-19/2022

Zu TOP 6 Anträge

Zu TOP 6.1 Antrag der UBV-Fraktion auf Neuregelung der Besetzung von Ausschuss-Sitzen
Vorlage: AN/085/2022

Wortmeldungen zu diesem Antrag gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt folgende Neuregelung in der Besetzung von Ausschuss-Sitzen der UBV-Fraktion:

Bildung, Kultur und Sport:

Stellv. Mitglied: Herr Bernd Militzer (anstelle von Herrn Frank Weidemann)

Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie:

Mitglied: Herr Bernd Militzer (anstelle von Herrn Marcus Fiedler).“

220-19/2022

Zu TOP 6.2 Antrag der UBV-Fraktion auf Bestellung eines Verbandsrates und eines stellvertretenden Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Saale-Orla
Vorlage: AN/086/2022

Wortmeldungen zu diesem Antrag gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises bestellt entsprechend § 6 Abs. 1 der Satzung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Saale-Orla i.V.m. § 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit Herrn Christian Meyer (UBV) als Mitglied und Herrn Wolfgang Kleindienst (UBV) als Stellvertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Saale-Orla.“

221-19/2022

Zu TOP 6.3 Antrag der UBV-Fraktion auf Bestellung eines stellvertretenden Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Rettungsdienstzweckverbandes Ostthüringen
Vorlage: AN/087/2022

Wortmeldungen zu diesem Antrag gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises bestellt entsprechend § 6 Abs. 3 der Satzung des Rettungsdienstzweckverbandes Ostthüringen i.V.m. § 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit Herrn Andre Grau (UBV) als Stellvertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen.“

222-19/2022

**Zu TOP 6.4 Antrag der UBV-Fraktion bzgl. Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/088/2022**

Herr Kleindienst bringt zum Antrag der UBV-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Der Beschlusstext ist wie folgt zu ersetzen:

*„Der Landrat beauftragt den Amtstierarzt des Saale-Orla-Kreises, eine Verordnung gemäß § 13 b Tierschutzgesetz über den Schutz freilebender Katzen im Saale-Orla-Kreis (Katzenschutzverordnung), mittels möglicher Kastrationspflicht, Registrierung und Kennzeichnung, zu erlassen.
Als Formulierungsvorschlag soll die Verordnung zum Schutz freilebender Katzen des Landkreises Altenburger Land vom 01.12.2016 verwendet werden.
Die Tierschutzvereine des Saale-Orla-Kreises und das Tierheim Schleiz sind darüber zu informieren und vor Erlass und Veröffentlichung anzuhören.“*

Der Landrat stellt den „**Antrag auf Nichtbefassung**“ und bittet die Juristin, Frau Dr. Schröder, entsprechende begründende Ausführungen vorzunehmen.

Frau Dr. Schröder betont, dass alle nachfolgenden Anträge der Fraktionen nicht in die Zuständigkeit des Kreistages gehören, da sie alle auf rechtswidrige Beschlüsse abzielen. Aus diesem Grund stellt der Landrat den „Antrag auf Nichtbefassung“. Sollte der Kreistag dennoch in der Sache einen Beschluss fassen, so wird der Landrat diesen rechtswidrigen Beschluss beanstanden, was zur Folge hat, dass der Kreistag innerhalb der nächsten 4 Wochen erneut zusammentreten muss, um über die Beanstandung zu befinden.
Bzgl. des o.g. Antrages ist die Zuständigkeit, wie Herr Kleindienst bereits selbst mit dem Änderungsantrag feststellt, allein beim Amtstierarzt als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

Der Landrat ergänzt, dass das Veterinäramt ohnehin am Limit arbeite, da umfangreiche Vorbereitungen bzgl. der Schweinepest zu treffen und peinlichst die Tierbestände zu überprüfen sind.

Herr Kleindienst beantragt im Namen der UBV-Fraktion „namentliche Abstimmung“ über den „Antrag auf Nichtbefassung“.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag des Landrates auf „Nichtbefassung“ mit folgendem Ergebnis:

Mit „Ja“ stimmen:

Herr Fügmann, Herr Bias, Herr Chudasch, Herr Franke, Herr Herrgott, Herr Neumüller, Herr Orosz, Herr Weiße, Herr Zapf, Frau Lukas, Frau Kanis

Mit „Nein“ stimmen:

Herr Dr. Hanna, Herr Bergner, Herr Bohnhardt, Herr von Brandenstein, Herr Fischer, Herr Linke, Herr Rham, Herr Thrum, Herr Winkler, Herr Fiedler, Herr Frau, Herr Kleindienst, Herr Meyer, Herr Militzer, Herr Ortwig, Frau Scherf-Michel, Herr Seidel

Mit „Enthaltung“ stimmen:

Herr Bentz, Herr Kalich, Herr Dr. Rebelein, Herr Roßner, Frau Geiler, Herr Richter

Damit ist der „Antrag auf Nichtbefassung“ mit

**11 Ja-Stimmen,
17 Gegenstimmen und
6 Stimmenthaltungen**

abgelehnt.

Der Amtstierarzt, Herr Klendauer, führt aus, dass im Saale-Orla-Kreis ein großes Problem mit freilaufenden und streunenden Katzen nicht bekannt ist. Sollte es in einigen Gebieten in Pößneck, z.B. Kleingartenanlagen, ein solches Problem geben, dann sollte der örtliche Tierschutzverein die Vorkommnisse dem Veterinäramt gegenüber genau beschreiben. Mit dieser speziellen Thematik „herrenlose Katzen“ hat sich das Amt intensiv befasst. Seit letztem Jahr gibt es eine neue Verordnung des Landes Thüringen, dass Tierschutzvereine und auch das Veterinäramt Fördermittel beantragen können, ohne eine Katzenschutzverordnung. Das Amt hat 10 T € beantragt, mit denen ca. 70 Katzen kastriert werden können. In diesem Jahr wurden in Zusammenarbeit mit dem Tierheim Schleiz bereits 38 Tiere kastriert.

Er weist darauf hin, dass mit der in Rede stehenden Katzenschutzverordnung für ein bestimmtes Gebiet, die Tierhalter in diesem Territorium verpflichtet sind, alle ihre freilaufenden Katzen kastrieren zu lassen, was eine erhebliche Herausforderung darstellt.

Außerdem muss vorher nachgewiesen werden, dass es in dem Gebiet Erkenntnisse gibt, dass Tiere erheblich leiden. Er schätzt ein, dass die Regelung über die Thür. VO eine praktikable Lösung ist, durch die das Amt flexibel reagieren und sofort handeln kann, ohne eine Verordnung zu erlassen.

Zur Diskussion sprechen Herr Richter, Herr Dr. Hanna, Herr Kalich und Herr Bias.

Fraktionsübergreifend sprechen sich die Diskussionsredner gegen eine solche Verordnung aus.

Herr Kalich richtet den Appell an die Bürgermeister, dieses Thema regelmäßig beim Gemeinde- und Städtebund zu diskutieren und auf die Probleme der Tierschutzvereine aufmerksam zu machen.

Eine große Schwierigkeit wird in der Umsetzung und Kontrolle einer solchen Verordnung gesehen.

Herr Kleindienst beantragt im Namen seiner Fraktion „**namentliche Abstimmung**“ über den Antrag, in Fassung des Änderungsantrages der UBV-Fraktion.

Es folgt die „namentliche Abstimmung“ über den o.g. Änderungsantrag der UBV-Fraktion mit folgendem Ergebnis:

Mit „Ja“ stimmen:

Herr Fiedler, Herr Grau, Herr Kleindienst, Herr Meyer, Herr Militzer

Mit „Nein“ stimmen:

Herr Fügmann, Herr Bias, Herr Chudasch, Herr Dr. Hanna, Herr Herrgott, Herr Neumüller, Herr Orosz, Herr Weiße, Herr Zapf, Herr Bentz, Herr Bergner, Herr Bohnhardt, Herr von Brandenstein, Herr Fischer, Herr Linke, Herr Rham, Herr Thrum, Herr Winkler, Herr Kalich, Frau Lukas, Frau Kanis, Herr Dr. Kleebusch, Herr Roßner, Herr Ortwig, Frau Scherf-Michel, Herr Seidel, Frau Geiler, Herr Richter

Mit „Enthaltung“ stimmt:

Herr Dr. Rebelein

Damit fasst der Kreistag mit

**5 Ja-Stimmen,
28 Gegenstimmen und
1 Enthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt in namentlicher Abstimmung den Antrag der UBV-Fraktion AN/088/2022 bzgl. Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Saale-Orla-Kreis ab.“

223-19/2022

**Zu TOP 6.5 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Sicherstellung des Versorgungsauftrages im Gesundheits- und Sozialwesen des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: AN/089/2022**

Herr Thrum verweist auf die ausführliche Sachverhaltsbegründung in seinem Antrag. Mit dem Beschluss soll eine eindeutige Absichtserklärung des Kreistages herbeigeführt werden, um den Landrat zu legitimieren, sich gegen eine mögliche Fortgeltung des § 20 a IfSG im Thüringischen Landkreistag auszusprechen.

Der Landrat führt Gegenrede zu diesem Antrag. Er führt aus, dass es sich um Bundesgesetzgebung handelt, auf die er als Landrat keinen Einfluss hat. Außerdem habe er immer versichert, dass alle in diese Thematik involvierten Personen im Saale-Orla-Kreis außerordentlich verantwortungsbewusst damit umgehen. Er versichert nochmals, dass es im Saale-Orla-Kreis keine Bußgeldbescheide und somit auch keine Betretungsverbote in den Einrichtungen geben wird. Das Gesetz läuft am 31.12.2022 aus. Er wirbt für Ablehnung dieses Antrages.

Der Kreistag fasst mit

**16 Ja-Stimmen,
16 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der AfD-Fraktion AN/089/2022 bzgl. Sicherstellung des Versorgungsauftrages im Gesundheits- und Sozialwesen des Saale-Orla-Kreises ab.“

224-19/2022

**Zu TOP 6.6 Antrag der Fraktion Die LINKE zur Richtlinie für Unterkunft und Heizung nach SGB II und SGB XII im Saale-Orla-Kreis sowie zum Wohngeld
Vorlage: AN/090/2022**

Herr Kalich führt zur Begründung aus, dass es darum geht, die 4 Jahre alte Verwaltungsvorschrift den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Er unterbreitet den Vorschlag, den Antrag in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie zu verweisen, um die Inhalte ausführlich zu beraten und die Verwaltungsvorschrift zu überarbeiten.

Er stellt den Antrag auf „Verweis des Antrages in den Sozialausschuss“.

Herr Kleindienst hinterfragt die Zuständigkeit des Kreistages und des Ausschusses und betont, dass im Antrag keine finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt formuliert sind.

Herr Thrum ist der Meinung, dass die Ursachen für die Missstände zu bekämpfen sind, so wie das der nachfolgende Antrag seiner Fraktion bewirken soll.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
9 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt den Verweis des Antrages der Fraktion Die LINKE AN/090/2022 bzgl. Richtlinie für Unterkunft und Heizung nach SGB II und SGB XII im Saale-Orla-Kreis sowie zum Wohngeld in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie.“

225-19/2022

Pause: 15:44 Uhr bis 15:55 Uhr

Nach Fortsetzung der Sitzung gibt der Landrat bekannt, dass die Verwaltung im Nachgang zur Feststellung der Dringlichkeit des Antrages zur Stauseeordnung festgestellt hat, dass bei einer Anwesenheit zu Beginn der Sitzung von 32 Kreistagsmitgliedern und dem Landrat = 33 Stimmberechtigte, mit 21 Ja-Stimmen die Dringlichkeit nicht festgestellt wurde und somit der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen ist.

Die Feststellung des Landrates zu Beginn der Sitzung, dass der Antrag unter TOP 6.9 in die Tagesordnung aufgenommen ist, ist somit gegenstandslos.

**Zu TOP 6.7 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Energieversorgung der Bürger sichern -
Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sofort einstellen**
Vorlage: AN/091/2022

Herr Thrum begründet den Antrag der AfD-Fraktion gemäß der schriftlichen Darstellung des Sachverhaltes und verweist auf das Appellationsrecht der Kommunalparlamente.

Der Landrat stellt den „**Antrag auf Nichtbefassung**“, da hier weder der Kreistag noch der Landrat zuständig sind. Es handelt sich hier um Außenpolitik, für die allein der Bund zuständig ist.

Herr Thrum beantragt im Namen seiner Fraktion „namentliche Abstimmung“ zu diesem Geschäftsordnungsantrag des Landrates.

Es erfolgt „namentliche Abstimmung“ mit folgendem Ergebnis:

Mit „Ja“ stimmen:

Herr Fügmann, Herr Bias, Herr Chudasch, Herr Franke, Herr Herrgott, Herr Neumüller, Herr Orosz, Herr Weiße, Herr Zapf, Herr Grau, Herr Kalich, Frau Lukas, Herr Dr. Rebelein, Frau Kanis, Herr Roßner, Herr Ortwig, Frau Scherf-Michel, Frau Geiler

Mit „Nein“ stimmen:

Herr Dr. Hanna, Herr Bentz, Herr Bergner, Herr Bohnhardt, Herr von Brandenstein, Herr Fischer, Herr Linke, Herr Rham, Herr Thrum, Herr Winkler, Herr Fiedler, Herr Kleindienst, Herr Meyer, Herr Militzer, Herr Dr. Kleebusch, Herr Seidel, Herr Richter

Damit stimmt der Kreistag dem „**Antrag auf Nichtbefassung**“ mit **18 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen zu.**

**Zu TOP 6.8 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen bzgl. der Erstellung eines
Klimafußabdruckes für den SOK**
Vorlage: AN/092/2022

Frau Geiler begründet den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Sie betont, dass der Klimawandel gesamtgesellschaftlich relevant ist und auch im Saale-Orla-Kreis gesehen werden muss, was wir für einen Klimafußabdruck haben. Aus diesem Grund sollte sich der Kreistag mit diesem Thema befassen.

Der Landrat stellt den „**Antrag auf Nichtbefassung**“. Der Antrag beinhaltet, dass in Größenordnungen Daten von Wirtschaft und Gesellschaft einzuholen sind. Es gibt keinerlei Rechtsgrundlage zu dieser Datenerfassung.

Der Kreistag stimmt diesem Geschäftsordnungsantrag des Landrates auf „**Nichtbefassung**“ mit

**25 Ja-Stimmen und
4 Gegenstimmen**

zu.

Zu TOP 7 Informationen/Sonstiges

Durch den Landrat werden folgende Informationen gegeben:

Corona Lage

Der Saale-Orla-Kreis hat mit heutigem Stand eine Inzidenz von 159. Die Zahlen schwanken zwischen 120 und 160. Somit ist Corona nach wie vor existent, jedoch mit leichteren Krankheitsverläufen. Das Gesundheitsamt ist tagaktuell, was die Statistik betrifft. Die Situation kann sich aber jederzeit ändern. Gegenwärtig kann sie aber als entspannt bezeichnet werden.

Ukraine-Flüchtlingssituation

Derzeit sind im SOK 800 Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht. Nach dem Königsteiner Schlüssel müssen weitere aufgenommen werden. In der Sommerzeit gab es echte Probleme mit der Unterbringung. Mit dem Land konnte eine Zuweisungspause vereinbart werden. Zurzeit sind wir in der Lage, in der Woche ca. 10 Flüchtlinge aufzunehmen, so dass zum Jahresende eine Gesamtzahl von 1000 erreicht wird. Die Arbeit wird durch einen großen Stab organisiert und abgestimmt. Zusätzlich wurden Mitarbeiter aus anderen Fachdiensten des Hauses dem Fachdienst Asyl zugeordnet.

Mitgliedschaft im Regionalverbund „Thüringer Wald“

Der Landrat führt aus, dass er im Kreisausschuss bekannt gegeben hat, dass er auf der Grundlage eines Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2015 die Mitgliedschaft im Regionalverbund „Thür. Wald“ gekündigt hat, da der Mitgliedsbeitrag ab dem Jahr 2023 von 70 T€ auf 80 T€ erhöht werden sollte, Tendenz weiter steigend.

In der vergangenen Woche hat der Landrat ein Angebot erhalten, dass der Beitrag auf eine geänderte Gebietskulisse (Naturpark Thür. Schiefergebirge/Obere Saale) beschränkt wird, was eine Reduzierung des Mitgliedsbeitrages auf 48.900,00 € bedeutet. Das hält der Landrat für ein faires Angebot und wird die Kündigung somit zurückziehen.

Zu TOP 8 Anfragen

Zu den Anfragen der Fraktion Die LINKE vom 24.08.2022 bzgl. Digitalisierung Schulen und Baumaßnahme Grundschule Wurzbach wurden die schriftlichen Antworten vor Sitzungsbeginn an alle Kreistagsmitglieder verteilt.

Die Anfragen des Kreistagsmitgliedes André Grau bzgl. „Drohender Blackout - Katastrophenschutz“ wurden vor Sitzungsbeginn an alle verteilt.

Diese Fragen werden schriftlich beantwortet. Ebenso werden die Anfragen von Herrn Klein dienst bzgl. Förderprogramm Schulessen Grund- und Regelschule Ranis schriftlich beantwortet.

Herr Rham bittet um Beantwortung folgender Frage: Wieviele Obdachlose gibt es im Saale-Orla-Kreis und welche finanziellen Mittel stellt der Landkreis für deren Unterbringung/

Versorgung zur Verfügung?

Der Fachdienstleiter Öffentliche Ordnung, Herr Rauner, antwortet, dass eine genaue Anzahl seinerseits nicht genannt werden kann, da die Zuständigkeit für Unterbringung und Betreuung, somit auch die Finanzierung, bei den Kommunen liegt.

Herr Herrgott bittet um einen aktuellen Sachstand bzgl. der Schulbaumaßnahme Grundschule Pößneck-Ost.

Der Fachbereichsleiter 1, Herr Dr. Heynisch führt aus, dass im Juni 2021 der erste Fördermittelantrag gestellt wurde und im Juni 2022 die Benachrichtigung eingegangen ist, dass der Antrag nicht gefördert werden kann. Grund ist, dass das entsprechende Förderprogramm überzeichnet war, d.h. es gab mehr Anträge als Fördermittel zu vergeben waren. Es wurde der Hinweis gegeben, dass wir bis spätestens 31.08.2022 einen neuen Fördermittelantrag stellen können. Es wurde ein neuer Antrag gestellt, der mit den neuen höheren Baukosten aktualisiert wurde. Im ersten Antrag ist man von einer Baukostensumme von knapp 7 Mio. € ausgegangen; der neue Antrag weist aktualisierte Baukosten von rd. 10 Mio. € aus. D.h., wenn der erste Antrag bewilligt worden wäre, hätten wir inzwischen mit den höheren zu erwartenden Baukosten eine Finanzierungslücke von rd. 3 Mio. €, die zu 100 % zu Lasten des Kreishaushaltes gegangen wären. Mit dem jetzt aktualisierten Antrag haben wir bei einer 60%igen Förderung die Chance, 1,8 Mio. € mehr Fördermittel zu erhalten. Herr Dr. Heynisch bietet an, dass bei Interesse an detaillierten Zahlen, sich die Kreistagsmitglieder an ihn wenden können.

In Bezug auf die Ausführungen des Landrates bzgl. der Nichterreicherung der 2/3-Mehrheit bei der Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages bzgl. Stauseeordnung seiner Fraktion, weist Herr Dr. Hanna darauf hin, dass der Antrag nach dieser Abstimmung in die Tagesordnung als TOP 6.9 aufgenommen wurde und über die Tagesordnung abschließend abgestimmt wurde.

Er stellt die Frage, ob die Abstimmung rechtswidrig und zu beanstanden wäre und somit die gesamte Kreistagssitzung?

Diese Frage beantwortet der Landrat mit „Nein“. Es ist eindeutig, dass für die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages die 2/3-Mehrheit erreicht werden muss. Das war mit 21 Ja-Stimmen nicht der Fall. Das ist korrigiert worden und der Antrag konnte somit nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Mit Bezug auf die Aussage, dass die Stauseeordnung zu den Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches gehört, fragt Herr Dr. Hanna, von wem der Landkreis diese Aufgabe übertragen bekommen hat?

Der Landrat führt aus, dass die Stauseeordnung kreisübergreifend mit dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zu erarbeiten ist. Auf Arbeitsebene fanden zahlreiche Abstimmungen, auch mit dem Eigentümer Vattenfall, statt. Es wurde gemeinsam eine ordnungsbehördliche Verordnung erarbeitet, die jeweils durch den Landrat zu erlassen ist. Die Stauseeordnung wurde zu keiner Zeit durch den Kreistag beschlossen.

Herr Kleindienst stellt folgende Anfragen:

1. Wie sehen die Strom- und Gaslieferverträge für die Einrichtungen des Landkreises aus? Laufen diese aus? Welche höheren Kosten kommen evtl. auf den Landkreis zu? Ist aus diesem Grund ein Nachtragshaushalt notwendig?
2. Haben die Schulen im Saale-Orla-Kreis alle Glasfaseranschluss?
3. Ist bekannt, dass in der Führerscheinstelle wieder lange Wartezeiten auftreten? Wie will man das abstellen?
4. Es ist bekannt, dass bei vielen Trägern in Pflegeeinrichtungen Personalmangel herrscht und Leistungsverträge gekündigt werden müssen, weil das notwendige Personal nicht vorhanden ist. Ist das dem Landkreis bekannt? Hat der Landkreis die Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen, dass dieser „Pflegenotstand“ abgestellt wird?

Der Landrat antwortet wie folgt:

Zu 2: Alle Schulen im Landkreis sind mit Glasfaseranschluss von 1 GB versehen.

Zu 3: Das ist bekannt und ist darin begründet, dass zur gleichen Zeit 2 Mitarbeiterinnen gekündigt haben und 1 Mitarbeiterin krank geworden ist, so dass die Führerscheinstelle personell nur noch zu 50 % besetzt war. Die beiden frei gewordenen Stellen wurden umgehend ausgeschrieben und im Schnellverfahren besetzt, so dass sich die Situation aktuell wieder entspannt.

Zu 4: Das Problem ist teilweise bekannt. Der Landkreis kann aber auf die Pflegeeinrichtungen direkt keinen Einfluss nehmen.

Zur Frage 1 erfolgen Darlegungen durch den FDL Finanzen, Herrn Unger. Er führt aus, dass die Verträge des Landkreises bis Ende 2023 laufen und erst danach neu auszuschreiben sind. Somit könnte es nur zu Mehrkosten durch die zur Zeit in Rede stehende Gasumlage kommen.

Herr Thrum stellt die Frage an den Landrat, was ihn daran gehindert hat, die Stauseeordnung auf „breite gesunde Füße“ zu stellen in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung der Kommunen?

Der Landrat antwortet, dass es eine intensive Arbeit gemeinsam mit dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und dem Eigentümer Vattenfall über 1 Jahr gegeben hat und gemeinsam die Stauseeordnung erarbeitet wurde, so wie in den vergangenen Jahren auch. Er kann die Bedenken nicht nachvollziehen.

Herr Thrum ergänzt, dass es hauptsächlich um den Punkt der Umstellung auf E-Mobilität auf dem Wasser geht und dafür nicht die notwendige Ladeinfrastruktur vorhanden ist.

Der Landrat betont, dass bewusst entschieden wurde, dass die E-Mobilität erst ab 2030 zur Pflicht wird. Bis dahin ist es vorwiegend die Aufgabe des Zweckverbandes, die Voraussetzungen in Form von flächendeckenden Ladeinfrastrukturen und Anlegestellen zu schaffen.

Herr Seidel bezieht sich auf den Kreistagsbeschluss zur Beauftragung des Landrates, mit der Stadt Tanna eine Regelung bzgl. der Sporthalle Tanna zu treffen und fragt nach, wann der Landrat beabsichtigt, diesen Beschluss zu vollziehen?

Eine zweite Frage bezieht sich auf die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zur Weiterentwicklung der Sportanlagen Tanna gemeinsam mit der Stadt Tanna. Diesbezüglich ist ebenfalls noch nichts geschehen. Herr Seidel betont, dass er den Eindruck hat, dass die Dinge immer weiter hinausgezögert werden.

Zur Frage 1 führt Frau Dr. Schröder aus, dass die Umsetzung des Beschlusses in Bearbeitung ist. Es wurde dazu nochmals Rücksprache mit dem Thür. Landesverwaltungsamt gehalten. Es ist zu einer Zeitverzögerung gekommen, da sich die Prioritäten im Haus auf Grund der

Ukrainekrise verändert haben. Sie sichert zu, dass Herr Seidel in den nächsten Wochen vom Landratsamt hören wird.

Zum Beschluss der Sportanlagen Tanna führt Herr Dr. Heynisch aus, das gemeinsam mit der Schule eine Aufgabenstellung erarbeitet wurde, die den Teil Schulsport betrifft. In einem weiteren Schritt ist nun eine Aufgabenstellung für den Teil Vereinssport und mögliche weitere Nutzungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Herr Dr. Heynisch vertritt die Meinung, dass zunächst die Priorität auf die Abarbeitung des Projektes „Sporthalle Tanna“ gelegt werden sollte, bevor ein weiteres Gemeinschaftsvorhaben angegangen wird.

Herr Seidel betont, dass er es für sinnvoll erachtet, dass der Kontakt mit der Stadt Tanna gesucht wird. Er habe zunehmend den Eindruck, dass nicht gezielt an der Umsetzung gearbeitet wird.

Herr Richter stellt die Anfrage, ob die Rosenthalhalle in Pöbneck wieder voll nutzbar ist?

Der Landrat antwortet, dass die Halle sowohl für den Schulsport als auch den Vereinssport wieder voll nutzbar ist.

Richtig ist, dass der Hallenbodenschutzbelag und weitere Geräte gelagert bleiben für den Fall, dass die Halle wieder als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden muss.

Herr Ortwig bezieht sich auf die in der Stauseeordnung aufgelisteten Fälle von Ordnungswidrigkeiten und fragt nach, wer diese kontrolliert?

Der Landrat antwortet, dass die Kontrollen in Zuständigkeit der Polizei liegen und dass dies mit der Polizei abgestimmt ist.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 19. Sitzung des Kreistages um 16:37 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin